

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

10.12.1863 (No. 290)



# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 10. Dezember.

N. 290.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

## Telegramme.

**Frankfurt, 9. Dez.** Der Oberbefehl über sämtliche Exekutionstruppen soll dem Prinzen Friedrich Karl von Preußen übertragen worden sein.

**Berlin, 9. Dez.** In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde eine Gesetzworlage eingebracht, betreffend eine Anleihe von 12 Millionen Thaler für außerordentliche Ausgaben zu Maßregeln wegen Schleswig-Holsteins. Die Amortisation soll von 1865 an mindestens ein Proz. betragen. Die Rückenschuldsablage für die Verwendung soll auf dem nächsten Landtag erfolgen. Man beschließt, eine Kommission von 21 Mitgliedern zu erwählen; die Wahl wird nächsten Donnerstag erfolgen. Der Finanzminister bittet um Beschleunigung der Beschlussfassung.

Der Justizminister beantragt die Genehmigung zur Verfolgung Jakobys vom Justizauschuss.

**Aus Thüringen, 8. Dez.** (A. Z.) Das weimarerische Ministerium hat den Beschluss des Gemeinraths, einen Vorstoß von 10,000 Thlrn. für die schleswig-holsteinische Angelegenheit zu leisten, kassirt. Geh. Rath Francke ist nach Gotha zurückgekehrt.

**Paris, 9. Dez.** (Sch. W.) Der „Moniteur“ veröffentlicht die Antworten Belgiens, Italiens und Hollands auf den Kongressvorschlag des Kaisers. Ferner ertheilt das Amtsblatt eine förmliche Mißbilligung denjenigen Blättern, welche die Unternehmung des Suezkanals, bei welchem die französischen Interessen theilhaftig seien, bekämpfen und das Publikum glauben machen, sie drücken den Gedanken der Regierung aus.

**Stockholm, 8. Dez.** Heute wurde der Reichsrath geschlossen. In der Thronrede heißt es: „Unsere Interessen sind noch nicht unmittelbar bedroht, sie sind jedoch mit der Aufrechterhaltung des Friedens und des Völkerrechts verbunden. Wir müssen noch lebhafter Theil nehmen an dem Kummer des Königs von Dänemark und an den das dänische Volk bedrängenden Gefahren.“

**New-York, 28. Nov.** (W. L. B.) Bragg, von den Unionisten verfolgt, ist in voller Auflösung und Demoralisation in der Richtung von Dalton (Georgien) geflohen. Wade überschritt widerstandslos den Rapidan; gestern wird es vermuthlich zur Schlacht gekommen sein. — Gold 44 1/2; Wechsel 158; Baumwolle 78.

## Die österreichisch-preussische identische Note.

Dieses Aktenstück lautet nach der „Süddeutschen Ztg.“ wie folgt:

Erhaltenem Auftrag zufolge hat der Unterzeichnete die Ehre, Sr. Excellenz dem . . . . Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten . . . . die folgende ganz ergebene Mittheilung zu machen.

Die Gefahren für den allgemeinen Frieden, welche sich an die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten knüpfen können, machen es der kaiserlichen (königlich preussischen) Regierung zur Pflicht, sich gegen ihre deutschen Bundesgenossen in Bezug auf die nächsten zu ergreifenden Maßregeln auszusprechen; es gereicht ihr zur besondern Genugthuung, sich dabei in voller Uebereinstimmung mit der königlich preussischen (kaiserlich österreichischen) Regierung zu befinden.

Es handelt sich bekanntlich am Bundestage jetzt um die schleswig-hol-

steinische Ausführung der am 1. Oktober l. J. beschlossenen Exekutionsmaßregeln.

Österreich und Preußen (Preußen und Oesterreich) erkennen diese als notwendig im Interesse der Sicherheit und der Rechte Deutschlands an, und sind bereit, dazu auf der einmal angenommenen Basis mitzuwirken, auf welcher sie, ohne Präjudiz für die anderen am Bundestage schwebenden Fragen und ohne dem Auslande eine Verletzung zum Einspruch darzubieten, durchgeführt werden können.

Eine Anzahl deutscher Regierungen aber will die Exekution ausdrücklich und formell in eine Okkupation des Landes, auf Grund der streitigen Successionsfrage, verwandelt wissen, und diese Verschiedenheit der Auffassungen hat zu unserm Bedauern bisher die Erhaltung des längst erwarteten Ausschusses verhindert, und droht in der Bundestagsversammlung selbst zu einer Uneinigkeit zu führen, welche die ganze Maßregel selbst unmöglich machen würde.

Das Behalten der beiden deutschen Großmächte zu den eine Okkupation fordernden Anträgen ist gleichmäßig durch das Interesse Deutschlands und durch ihre europäische Stellung bedingt.

Sie können nicht, unter dem Namen irgend welcher Okkupation oder Intervention, mit den Waffen in der Hand gegen den Londoner Vertrag aufzutreten, so lange sie dessen Gültigkeit anerkennen. Ueber die Bedingungen, an welche sich dies Anerkenntniß knüpft, haben sie sich in ihrem Votum in der letzten Bundestags-Sitzung ausgesprochen. Sie müssen demnach die ernstesten Bedenken dagegen geltend machen, daß Deutschland und sie selbst ohne dringende Nothwendigkeit der Eventualität eines Kriegs ausgeht werden, dessen Dimensionen unvorstellbar sind, dessen Folgen und Gefahren aber vorzugsweise auf die beiden deutschen Großmächte zurückfallen würden.

Die deutschen Bundesgenossen können überzeugt sein, daß Oesterreich und Preußen (Preußen und Oesterreich), nachdem sie sich über diese Frage vollständig geeinigt haben, in derselben die Rechte und Interessen Deutschlands mit dem Nachdruck wahren werden, welcher nach der Gesamtlage Europas anwendbar ist. Wenn die beiden Mächte hiesfür das Vertrauen ihrer Bundesgenossen in Anspruch nehmen, so müssen sie zugleich auch darauf aufmerksam machen, daß der Bund selbst, wenn er seine Stellung in Europa wahren will, die letztere in europäischen Fragen auch vom europäischen und politischen Gesichtspunkt aufpassen muß.

Sie müssen die deutschen Regierungen bitten, ernstlich zu erwägen, welche Gefahren für den Bund selbst sich an ein übereiltes und einer einseitigen Tendenz folgenden Verfahren knüpfen können.

Es kann dem Anschein desselben nicht förderlich sein, wenn die beiden Großmächte in einer Frage, in welcher sie einig und beinahe durch europäische Verträge gebunden sind, übereinstimmen werden. Noch bedenklicher aber wäre es, wenn der Bund den Eindruck machte, für Europa statt der Bürgschaften des Friedens und der Ordnung, welche man von ihm erwartet, Gefahren und Elemente der Uneinigkeit zu schaffen.

Oesterreich und Preußen (Preußen und Oesterreich) verlangen von ihren Bundesgenossen nicht ein Verzichtleihen auf ihre eigenen Auffassungen in der Successionsfrage. Es steht nichts im Wege, daß sie dieselben bei der Abstimmung am Bunde noch ausdrücklich wahren. Aber es ist dringend zu wünschen, daß sie durch dieselben, im Hinblick auf die obigen Erwägungen, sich nicht hindern lassen, der einfachsten Ausführung der einmal beschlossenen Exekutionsmaßregeln zuzustimmen, und sich so den beiden Großmächten anzuschließen. Ein darüber zu lassender Beschluß bedarf seiner weitern ausführlichen Motivirung, sondern eventuell unter Vorbehalt der Erfolgsfrage nur des einfachen Hinweis auf das vollkommen Ungenügende der bisher an den Bund gelangten Erklärungen.

Indem die kaiserliche (königl. preussische) Regierung hiernach an die . . . . Regierung das Ersuchen richtet, daß ihr Bundestags-Gesandter

infruiert werden möge, dem österreichisch-preussischen (preussisch-österreichischen) Antrage auf sofortige Ausführung der einfachen Exekution zuzustimmen, daß sie die Hoffnung ausdrücken, daß die . . . . Regierung den obigen Erwägungen sich nicht verschließen, und die volle Verantwortlichkeit für die ersten und unabwendlichen Folgen eines weiter getriebenen Dissenses in der Bundestagsversammlung sich vergegenwärtigen werde.

Der Unterzeichnete bezieht diesen Anlaß, die Versicherung seiner ausgezeichneter Hochachtung zu erneuern u. s. w.

## Deutschland.

**Karlsruhe, 9. Dez.** Wir brachten vorgestern die Erklärung, welche der groß. Gesandte in der Bundestags-Sitzung vom 7. zur Motivirung seiner Abstimmung vorausschickte. Der groß. Gesandte war angewiesen, in erster Linie dem Standpunkt dieser Erklärung gemäß zu votiren, in zweiter Linie sich einem auf einfache Okkupation gehenden etwaigen Antrag anzuschließen. Demgemäß lautet das von ihm abgegebene Schlussvotum in Fortsetzung der abgegebenen Erklärung wie folgt:

Aus den in Vorstehendem niedergelegten Erwägungen vermag sich der groß. Gesandte dem von den allerhöchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen gestellten Antrag nicht anzuschließen. Er mußte in der vorgelegten Form der militärischen Handlung, als einem Vorgehen auf Grund der Bundsexekutions-Ordnung und zur angeblichen Vollstreckung früherer und unter wesentlich andern Verhältnissen gefaßten Bundesbeschlüsse, eine beengende und falsche Grundlage weiten Verfahrens und eine Gefährdung von Rechten des Bundes und der betreffenden Bundesländer Holstein und Lauenburg erblicken.

Dagegen hält sich der groß. Gesandte ermächtigt, zu erklären, daß seine allerhöchste Regierung sich solchen Anträgen anzuschließen nicht anseht, welche, wenn sie auch nicht im ganzen Maße dem Standpunkte derselben entsprechen, einerseits die von ihr für unerlässlich gehaltene faktische Besetzung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg erzielen und andererseits einer rechtsgemäßen Entscheidung über wohl begründete Ansprüche des Bundes wie dieser Bundesländer nicht vorgreifen, insbesondere dem Rechte des nach Ansicht der groß. Regierung zur Nachfolge in denselben berufenen Herzogs Friedrich nichts vergeben.

Hiernach schließt sich der groß. Gesandte der Abstimmung des königl. bairischen Herrn Gesandten an;

dies jedoch nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß in allen wegen der Bundesländer Holstein-Lauenburg ergriffenen militärischen Maßregeln nur die Herleitung von Schritten zur Abwehr unberechtigter Fremdherrschaft und zum Schutze der Sicherheit und Selbstständigkeit jener Länder beabsichtigt sei.

**Frankfurt, 8. Dez.** Die „Süddeutsche Ztg.“ schreibt:

In der gestrigen Bundestags-Sitzung ward zuerst die formale Frage entschieden, ob sofort über den österreichisch-preussischen Antrag oder denjenigen des Ausschusses abgestimmt werden solle. Der Berichterstatter des Ausschusses, Hr. v. d. Forsten, ferner Hr. v. Mohl und Andere sprachen sich vergeblich dagegen aus; die sofortige Abstimmung und damit die Befehligung jeder eigentlichen Entwicklung des Ausschussesantrags ward mit 8 Stimmen beschloffen, unter welchen der Gesandte der 17. Kurie (Freie Städte). Bei der Abstimmung über die Anträge selbst stimmten 7 Stimmen für Exekution (Oesterreich, Preußen, Hannover, Kurhessen, Oldenburg, die 16. und 17. Kurie), 7 für Okkupation

\* Karlsruhe, 6. Dez. (Wintervorlesung. Schluss.)  
Uebrigens hätte auch die Unmöglichkeit in dem ungeschickten, widersprüchlichen Wesen des Prinzen keine Aenderung hervorgebracht, und es entsprang hieraus fortwährend Mißbilligungen zwischen ihm und seinem Vater, welcher sich mehr und mehr von ihm abwendete und dem Glauben an seine Unfähigkeit zur Regierungsnachfolge allmählich Raum gegeben zu haben scheint, ohne sich jedoch in irgend einer Weise darüber zu äußern. Die Umgebung des Königs bemühte dessen Kälte gegen seinen Sohn, zeigte letzterem weniger Aufmerksamkeit und zeigte ihn dadurch nur noch mehr. Im Jahr 1867 betriff endlich der Prinz den Entschluß, Spanien zu verlassen; aber Ray Gomez de Silva, den er zum Vertrauten seines Vaters machte, wählte ihn wieder davon abzubringen; als jedoch 1867 der Aufstand in den Niederlanden ausbrach, als Herzog Alba, um dort vorläufig in seiner blutigen Weise Ruhe zu schaffen, dahin abgezogen, und Philipp umgebracht oder längst geflohenen Verabredungen und Messerbereitungen demnach nicht mit Carlos nachgefolgt war, als dieser sich dadurch der Hoffnung betäubt sah, bei dieser Gelegenheit mit der Erzherzogin Anna, der Tochter des Kaisers Maximilian II., mit welcher er verlobt werden sollte, zusammen zu kommen und damit eine Aenderung seiner unheilvollen Lage vorzubereiten, da nahm er den Gedanken an eine Flucht vor neuem auf und theilte ihn mehreren Fürsten, sowie seinem Oheim Don Juan von Oesterreich mit. Dieser rief ihm ernstlich davon ab, zeigte ihm, daß die großen, an die er geknüpft, gewiß seinen Vater von dem Vorhaben in Kenntniß setzen würden, und hinterbrachte selbst dem König, was ihm Don Carlos vertraut hatte. Dies brachte den österreichischen Monarchen vollends auf den Gedanken, daß sein Sohn es mit seinen Feinden halte und ihn selbst nach dem Leben trachte. Am 18. Januar ließ er im Stillen eine geheime Verfügung zum Verschleße des Schlafzimmers seines Sohnes wegnehmen und überraschte dann mit mehreren Garben denselben bei nächtlicher Weile. Der

Prinz hatte allerdings Waffen und Schießbedarf in seiner unmittelbaren Nähe; aber diese konnten recht wohl zu seiner Selbstverteidigung und für seine Flucht bestimmt sein. Carlos schloß, als man sein Schloßgemach betrat. Er wurde geweckt, und als er seinen Vater erblickte, rief er aus: „Ich bin verloren!“ Er fragte hierauf seinen Vater, ob er ihn tödten wolle; dieser erwiderte kalt: „Bisher bin ich Dein Vater gewesen; von jetzt an wirst Du an mir Deinen König finden.“ Er ließ ihm alle Waffen wegnehmen, nahm ein Kissen mit Papieren in Beschlag, überließ den Prinzen dem Herzog von Feria und mehreren andern Offizieren zur strengsten Bewachung und schärfte denselben ein, ihn nicht aus den Augen zu verlieren und weder schreiben, noch mit Jemandem reden zu lassen. Man vernagelte die Fenster und entfernte die meisten Möbel, angeblich, um den Prinzen zu verhindern, sich ein Leid anzuthun. Don Carlos geriet hierüber in Wuth und Verzweiflung. Er gab vor, zu frieren und ließ Feuer anmachen. Als es brannte, stürzte er sich mitten in die Flammen und wurde nur mit Mühe herausgezogen. Hierauf wollte er sich durch Hunger ums Leben bringen und nahm mehr als zwei Tage lang keine Nahrung zu sich; endlich aber siegte der Drang der Natur über seinen Willen, und er stand von diesem Vorhaben ab. Er hatte jedoch gehört, daß der Diamant das stärkste Gift für den Menschen sei; er verschluckte deshalb einen solchen von bedeutender Größe. Die Folge davon waren nur Schmerzen, nicht der Tod. Später entledigte sich der Prinz fast aller Kleidung, ließ sich Eis bringen und genoß dies im Uebermaß; er übergoß den steinernen Boden seines Zimmers, auf dem er barfuß umherging, mit Eiswasser und brachte sogar eine Menge Eis in sein Bett; Alles vergebens, die jugendliche Lebenskraft wollte nicht erliegen.

Philipp hatte unterdessen einen Prozeß gegen seinen Sohn einleiten lassen; aber zu einem förmlichen Richterspruch ist es dabei nicht gekommen, wahrscheinlich, weil die Entscheidung auch ohne einen solchen immer näher und näher rückte. Die Kälte, welche der König dabei an

den Tag legte, überstieg allen Glauben. Als die Oerzeit herannahete, sammelte sich der Prinz in seinem aufgeregten Innern; er nahm den eifrigsten Antheil an dem Gottesdienste, obgleich er nur durch ein kleines vergittertes Fenster den Gottesdienst sehen durfte; er ließ sich durch dasselbe Kerkerfensterchen die Hostie reichen und beugnete während dieser Zeit seinen Wärttern fortwährend sehr mild und freundlich. Man meldete dies dem König; er antwortete mit eisiger Kälte: „Dies wird dem Prinzen sehr heilsam sein.“ Don Carlos' Großmutter, die verwitwete Königin Katharina von Portugal, erbot sich zur Pflege ihres Enkels; König Philipp lehnte es ab. Ja, er ließ zu gleicher Zeit über die letzten Pferde, welche zu dem längst schon aufgelösten Hofstaal des Prinzen gehörten, anbeiweltig verfügen und übertrug selbst die besondere Aufsicht über den Prinzen seinem Günstlinge Ray Gomez de Silva, zu welchem der Gesangene weniger Vertrauen zeigte, und ernannte dafür den Herzog von Feria, für den derselbe stets einiges Wohlwollen kundgegeben hatte. An die europäischen Fürsten sandte Philipp überaus zurückhaltende Schreiben, worin er ihnen meldete, daß Don Carlos ihm nicht in der Regierung nachfolge, und zugleich sein Verfahren mit den Fehlern seines Sohnes zu rechtfertigen suchte.

Als kein anderes Mittel der Selbstentlebung wirken wollte, versuchte es Don Carlos mit der Unmäßigkeit im Genuß, und die wirkte. Sein letztes Mahl bestand in einer aus vier Reibhähnen bereiteten Pastete. Es erfolgte eine sehr schmerzliche Krankheit, während deren der Prinz sich überaus geduldig und selbst gegen seine Peiniger überaus mild und wohlwollend zeigte. Er wünschte seinen Vater noch einmal zu sehen; König Philipp versagte dem sterbenden Sohne diese letzte Günst. Nach zweitägigem, sehr schmerzhaftem Tobekampfe starb endlich Don Carlos am 24. Juli 1868. Sein ausführliches Testament zeugt von Fassung und von völliger Geistesklarheit; es ist in milder, verständlicher Gemüthsstimmung niedergeschrieben. Einem seiner härtesten Feinde vermachte er eine Krystallgale, aus welcher er täglich zu trinken pflegte.



(Bayern, Königreich Sachsen, Württemberg, Großherzogthum Baden, Großherzogthum Hessen, Braunschweig, die sächsischen Herzogthümer, Luxemburg stimmte, wie gewöhnlich und begreiflich, gegen alles Vorgehen; Mecklenburg war ohne Instruktion (1). Der großh. bairische und der großh. sächsische Gesandte waren angewiesen, in zweiter Linie, wenn Okkupation nicht durchzuführen sei, für Exekution zu stimmen, weiterten sich aber entschieden, dies nun auch in erster Linie zu thun. Da half Mecklenburg aus der Noth; nach einigem Besinnen erklärte der mecklenburgische Gesandte, er glaube nach den ihm früher gewordenen Instruktionen es auf sich nehmen zu können, für Exekution zu stimmen. So war denn eine Mehrheit erzielt, wenn auch nur acht Stimmen von 16. Es ward nun nach dem Bundestags-Gebrauch zu der Mehrheit, die einmal da war, auch die Stimme zugerechnet, welche für Nichts abgegeben worden war (Luxemburg); schließlich auch noch die beiden eventuellen Stimmen von Großherzogthum Hessen und den sächsischen Herzogthümern und solcher Art ein Stimmverhältnis von elf gegen fünf konstatirt. Es ward ferner beschlossen, daß nicht die Ordnung und Abkürzung des Protokolls abgewartet, sondern alsbald an Sachsen, Hannover, Oesterreich und Preußen von der beschlossenen Exekution Mittheilung gemacht werden solle, damit die Exekution möglichst bald in's Leben trete.

Weiter hebt die „Südd. Ztg.“ hervor, daß in der 16. Kurie (welche für Exekution stimmte) die Fürsten von Neuchâtel und Waldeck sich für den bairischen Antrag erklärt hatten.

**Frankfurt, 8. Dez.** Der Marschantritt der Exekutionstruppen ist noch gestern Nachmittag auf telegraphischem Wege angeordnet worden. Das zuerst einrückende Korps wird jetzt auf 22,000 Mann erhöht werden, indem nämlich zu den 12,000 Sachsen und Hannoveranern 5000 Preußen und 5000 Oesterreicher stoßen werden, die, abgesehen von dem Reservekorps von 45,000 Mann, welches die beiden Großmächte an der Unterelbe aufstellen werden, sofort mit zum Einmarsch in Holstein bestimmt sind. — Die drei in der Stadt Hannover liegenden Bataillone, welche nach Holstein bestimmt sind, werden nach den jetzigen Ordres am Donnerstag marschiren. Ein Theil der mobilen Artillerie liegt schon in Langenhagen und Burgwedel. Das Cambridge-Drägerregiment wird morgen, spätestens am Dienstag, Gelle verlassen, am 14. d. M. über die Elbe gehen und Kantonnirungen im Amte Neuhäusens jenseits der Elbe beziehen. Die sächsische Brigade wird per Eisenbahn über Mißa, Jüterbog, Berlin, Wittenberge, Hagenow, Büchen in das Lauenburgische marschiren. Die preussischen Truppen, angehörend der 13. Division (Münster), gehen über Minden, Bunsdorf, Verden, wo sie die Bahn verlassen und dann über Rotenburg nach Harburg marschiren, während die österreichische Brigade, welche augenblicklich an der böhmisch-sächsischen Grenze der Eisenbahn entlang aufgestellt ist, über Dresden, Leipzig, Magdeburg, Braunschweig, Lehrte, Gelle und Lüneburg an die Elbe dirigirt wird.

Nach einem Telegramm auswärtiger Blätter wird der sächsische Zivilkommissar nach seiner Ankunft mit den Exekutionstruppen von Hamburg aus Dänemark noch eine Frist von sieben Tagen stellen und dem in Altona befehlenden General die Aufforderung zugehen lassen, sich vor den Exekutionstruppen zurückzuziehen.

**Stuttgart, 6. Dez.** (Fr. Z.) Graf Baudissin ist seit gestern hier, wie man glaubt in Augustenburger Mission an den Minister des Auswärtigen und den hiesigen Hof. Der Graf verkehrt viel mit den hiesigen Leitern der holsteinischen Bewegung, deren Wogen mit jedem Tage höher gehen. — Weber wurde zum Präsidenten der Abgeordnetenkammer ernannt.

**München, 6. Dez.** (Münch. Corr.) Die Mission des hier anwesenden Staatsraths Franke soll sich zunächst auf die Anerkennung des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein Seitens unserer Regierung beziehen; indessen dürfte vor der Rückkehr des Königs kaum eine definitive Entscheidung erfolgen. — Unserm König wird bei seiner Ankunft hier eine glänzende Ovation dargebracht werden. Man knüpft an seine Rückkehr die Hoffnung, daß sie das Signal zu entschiedenem nationalem Vorgehen in der schleswig-holsteinischen Sache von Seite Bayerns sein werde. Zugleich glaubt man nicht bezweifeln zu dürfen, daß der König den Landtag auf einen sehr nahen Zeitpunkt — man spricht von der zweiten Woche des Januars — einberufen werde.

König Philipp zog sich für längere Zeit in die Einsamkeit des Escorial zurück, um Anstands halber die Trauer zur Schau zu tragen, welche er nicht empfand. Der Tod des Prinzen hatte den argwöhnischen Monarchen von mehr als einer Sorge befreit. Die vielgeprüfte tugendhafte Königin Isabella starb noch im nämlichen Jahr an den Folgen einer zu frühen Niederkunft. Ihr reines Wesen hatte auf die heftige Natur des Prinzen stets einen besänftigenden Einfluß ausgeübt; er war in ihrer Gegenwart nie ungesümm und ist ihr nie unerbittlich begegnet. Wäre solchen Gemüthern eine entschiedenere Einwirkung vergönnt gewesen, so wäre wohl dem spanischen Königshause dieses tragische Ereigniß erspart worden.

— Die sämmtlichen Eisenbahnen in Italien hatten vor dem Jahr 1860 eine Länge von 1029 englischen Meilen. Vom 1. Januar bis 31. Dez. hatten dieselben 470 Meilen mehr, und dieses Jahr sind noch weitere 470 Meilen eröffnet worden; die ganze Länge der jetzt fertigen Bahnen beträgt 1978 Meilen. Es ist dieses ein gutes Resultat, wenn man die Schwierigkeiten betrachtet, mit welchen Italien zu kämpfen hatte.

— Die Straßenbeleuchtung von Paris versehen zur Zeit 23,278 Gasflammen, 1959 Delflammen und 278 Schieferbl-Flammen. Letztere, welche bisher nur in der Bannmeile bestanden, werden im nächsten Jahre abgeschafft; statt ihrer werden 2522 Gasflammen und 41 Delflammen neu eingerichtet.

— Ein New-Yorker Volksredner hatte in einem Meeting ausgerufen: „we can rely on the masses“ (wir können auf die Massen zählen); erthat aber nicht wenig, im Zeitungabdruck seiner Rede zu lesen: „we can rely on them asses“ (wir können auf diese Esel zählen).

**München, 7. Dez.** (Münch. Corr.) Ueber das Resultat der Mission, welche Hr. Staatsrath Franke im Auftrag des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein hier zu erfüllen hatte, vernimmt man noch nichts Bestimmtes; man weiß jedoch, daß Hr. Franke sich sehr befriedigt über dasselbe geäußert hat. Heute Morgen hat Hr. Franke unsere Stadt wieder verlassen.

**Wiesbaden, 6. Dez.** (Südd. Ztg.) Gestern Abend fand hier eine zweite Versammlung in der schleswig-holsteinischen Sache statt. Die Zahl der Anwesenden war, zum Theil wohl in Folge eines Winkes von hoher Seite an einen Angestellten, „daß man sich lieber um seinen Beruf kümmern, als sich an Versammlungen in Wirthshäusern betheiligen solle“, nicht so groß, als es die Wichtigkeit der Sache erforderte. Das Komitee wurde beauftragt, eine Gelbsammlung zu veranstalten und die gewonnene Summe auf zweckmäßige Weise zu verwenden. Die Verhandlungen dauerten kaum eine halbe Stunde; das Resultat war aber günstig, denn es wurden in ganz kurzer Zeit an 3000 fl. gezeichnet.

**Weimar, 6. Dez.** (Weim. Ztg.) Die Eröffnung des außerordentlichen Landtags des Großherzogthums fand heute im Ständesaal statt. Bezüglich der schleswig-holsteinischen Sache wurde von Hrn. Staatsminister v. Watzdorf in einer Ansprache hervorgehoben, daß es dem Staatsministerium eine hohe Freude sei, die Versicherung erneuern zu können, daß die Regierung auch ferner zu dem Ziel fest und unbeirrt mitwirken werde, welches allein geeignet sei, eine gedeihliche Lösung herbeizuführen: die Lösung der deutschen Herzogthümer von Dänemark. Für das Ministerium sei die Anwesenheit der Stände in dieser schweren Zeit eine besondere Beruhigung und Stütze. Die Wahl des Präsidenten fiel mit 29 von 30 Stimmen auf Hrn. Bezirksdirektor v. Schwendler.

**Dresden, 7. Dez.** Der „Generalkorresp.“ zufolge haben die zum Einrücken in Holstein bestimmten königl. sächsischen Truppen auf den 10. d. M. Marschbefehl erhalten.

**Hannover, 7. Dez.** (Z. f. Nordb.) Vorgestern fanden Militärreize statt, die sich leider gestern Abend wiederholt haben. Schlachter Laube hatte sich in seinem Hause verbarrikadirt, die tumultuirenden Soldaten konnten also nicht eindringen, zertrümmerten jedoch von außen alle Fenster des Erdgeschosses und ersten Stocks, sowie die meisten Fenster des zweiten Stocks. Die Militärpatrouille war zu schwach und fand keinen Gehorham; erst dem Stadtdirektor, der mit einer ganzen Kompagnie hinter sich erschien, gelang es durch Zureden die Haufen zu zerstreuen. Der vorgestrichene Strahl ist dadurch entstanden, daß ein von Soldaten verfolgter wohlgekleideter Mann in des Schlachters Haus flüchtete; ein Soldat drang mit ein und Laube wies ihn hinaus. Darüber gab ein Wort das andere; Laube hat also nur eines Verfolgten sich angenommen und seinen Hausfrieden zu schützen versucht. Als die Soldaten in das Haus zurückdrangen, mißhandelten sie auch die Frau Laube's mit Faustschlägen in's Gesicht. Der Streit auf der Straße vor diesem Eindringen soll darüber hergekommen sein, daß die Soldaten vorübergehende anständige Leute „Buttler“ geschimpft hätten. Uebrigens soll die beunruhigende Aufregung, welche sich der Soldaten bemächtigt hat, wesentlich mit aus der Beforgnis sich herschreiben, daß in Schleswig-Holstein wiederum kein Ernst gegen Dänemark gemacht, sondern nach fruchtlosem Blutvergießen schließlich wieder retrirt werde.

**Altona, 6. Dez.** (Fr. P.-Ztg.) Wie man hört, hat der Hamburger Senat eine unserer Nachbarregierungen um militärischen Schutz ersucht wegen der dänischen Truppensammlung in Altona, und es soll die erbetene Hilfe bereits zugesagt sein. — Die Nachricht der Hamburger Blätter, daß auf Seeland fantonnirenden holsteinischen Bataillonen je 200 Mann dänische Reservisten beigegeben werden sollten, ist dahin zu berichtigen, daß die beabsichtigte Einstellung aus dänischen Rekruten besteht, welche bei den erwähnten Truppentheilen ausgebildet werden sollen.

**Aus Holstein, 4. Dez.** Das Gesetz- und Ministerialblatt für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg enthält folgende Proklamation des Königs Christian:

An unsere lieben und getreuen Unterthanen im Herzogthum Holstein. Wir Christian der Dritte thun kund hiermit: Die Thronfolge-Ordnung für die dänische Monarchie, festgesetzt nach schweren Erschütterungen durch das Gesetz vom 31. Juli 1853, sollte ein Werk des Friedens sein. Durch aufopfernde Hingebung Anderer angebahnt, ist sie von uns angenommen worden, ohne persönlichen Ehrgeiz, allein in der Hoffnung, dem Wohle des geliebten Vaterlandes dadurch zu dienen. In dem europäischen Staatenrecht hat sie Anerkennung gefunden durch einen feierlichen Traktat, an welchem sich die meisten und größten Mächte Europa's betheiligt haben, da sie die Integrität der dänischen Monarchie als eine Notwendigkeit für den europäischen Frieden erkannten. Dennoch haben sich der solchergehalt zur Wohlfahrt unseres Landes und zur Wahrung des Weltfriedens getroffenen Ordnung gegenüber Bestrebungen geltend gemacht, welche auf die Zersplitterung der dänischen Monarchie gerichtet sind und denen die unbegründeten Erbansprüche zum Deckmantel dienen. Zu unserer innigen Betrübnis müssen wir wahrnehmen, daß dieselben auch in unserm Herzogthum Holstein Raum gewinnen, die Gemüther in Aufregung setzen und Ungewißheit und Zweifel selbst bei denen hervorufen, auf deren Treue und Hingebung wir vorzugsweise zu bauen berechtigt sind. Wir erkennen in der Aufrechthaltung der dänischen Monarchie eine unserer wichtigsten Regentenpflichten. Wie wir es daher selbstverständlich nicht dulden können, daß dagegen gerichtete Bestrebungen durch die Haltung eines Theils des Beamtenstandes genährt werden, so sind wir überhaupt fest entschlossen und gerüstet, allen aufwüthenden Bewegungen mit Macht entgegenzutreten und Jedem zur strengsten Verantwortung zu ziehen, der sich in dieser Richtung zu ungesetzlichen Schritten fortzuziehen läßt. Wir hegen indeß die Zuversicht, daß unsere lieben holsteinischen Unterthanen, durch so manche Bande mit uns verknüpft, in der Treue gegen uns sich nicht werden wandeln lassen, daß die Zweifelsenden zur Pflichterkenntnis, die aufgeregten Gemüther zur Besonnenheit zurückzuführen und so unserm

landesväterlichen Herzen Maßnahmen werden erspart werden, die demselben zu tiefem Schmerz gereichen würden. Die vieljährigen Bestrebungen, eine Verfassung über die Verfassungsverhältnisse der gesammten Monarchie herbeizuführen, haben zu unserem großen Leidwesen bisher nicht zum Ziel geführt. Indem es aber unsere Absicht ist, unseren deutschen Bundesländern in gleicher Weise, wie solches hinsichtlich des zum Bunde nicht gehörigen Theils der Monarchie bereits geschehen, eine selbständige Stellung in der Monarchie zu verleihen, geben wir uns der Hoffnung hin, daß unser Herzogthum Holstein, wenn es sich zufrieden füllt in dem Genuße einer wahren konstitutionellen Freiheit und fremder Einmischung damit jeder Vorwand genommen ist, aus freien Stücken sich einer engeren Verbindung mit dem übrigen Theil der Monarchie zuneigen und sich eine alle Theile zufriedenstellende Ordnung der Verhältnisse dann leichter ermöglichen lassen wird. Holsteiner! Unter schwierigen Verhältnissen haben wir unsere Regierung angetreten. Um so zuverlässiger rechnen wir auf die Hingebung aller unserer Unterthanen. Wenn auch ihr in Treue zu uns steht, wird Gott, so vertrauen wir, unsere Bestrebungen mit Erfolg krönen, die allein auf die Wohlfahrt und den Frieden unseres Landes gerichtet sind. Gegeben in unserer Residenzstadt Kopenhagen, den 4. Dez. 1863. Christian K.

Außerdem wird folgendes Ministerialschreiben an die holsteinische Regierung, betreffend die Erneuerung des Homagialeides, publizirt:

Es ist der 1. holsteinischen Regierung bekannt, daß zufolge allerhöchsten Befehls vom 18. v. M. die das Ministerium ressortirenden Beamten und Angestellten, welche früher den Homagialeid abgelegt haben, denselben in Veranlassung des stattgehabten Thronwechsels erneuern sollen, und daß mittelst Zirkulars des Ministeriums vom 19. v. M. den Betreffenden die baldmöglichst und spätestens innerhalb dreier Tage zu beschaffende Einsendung dieses nach einem gleichmäßig veröffentlichten Formular schriftlich abzuleistenden Eides aufgegeben worden ist. Während ein großer Theil der Beamten und Angestellten den Eid demgemäß ordnungsmäßig abgelegt hat, sind von Andern binnen der gesetzlichen Frist Erklärungen abgegeben worden, wornach dieselben Bedenken getragen haben, der an sie ergangenen Aufforderung sogleich Folge zu geben, und hat die Mehrzahl mit ihrer desfallsigen Erklärung die Bitte um Bewilligung einer kürzeren oder längeren Bedenkzeit verbunden. Von wieder einem andern Theile ist der Eid bisher weder abgelegt, noch eine darauf bezügliche Erklärung abgegeben worden. Endlich haben unter Denjenigen, welche den Eid eingeleistet haben, einzelne denselben theils in einer ungenügenden Form abgelegt, theils mit einer Reservation, einer Vorfrage und dergleichen begleitet. Mit Rücksicht hierauf wird das je nach der verschiedenen Beschaffenheit der Sachlage und der Umstände im Einzelnen weiter Erforderliche in Betreff der die königl. holsteinische Regierung ressortirenden Beamten und Angestellten nach den bestehenden Ressortverhältnissen zunächst von der königl. Regierung wahrzunehmen sein. Indem jedoch selbst bei dieser Angelegenheit in dieser Angelegenheit entgegen dem Königl. Ministerium für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg, den 4. Dez. 1863. G. H. A. L.

**Kiel, 6. Dez.** (H. M.) Außer dem Zollkontrollen Baron v. Lillencron sind bei dem hiesigen Zollamt auch die Zollassistenten Joens und Wullenweber wegen verweigerter Eidesleistung von ihrem Amte suspendirt worden.

**Nageburg, 6. Dez.** Ein Erlass Christian's IX. an die Lauenburger sagt:

Wir haben mit besonderer Befriedigung erfahren, wie unsere getreuen Unterthanen im Herzogthum Lauenburg gegenüber den in neuester Zeit auch an sie gerichteten Aufforderungen zur Bekehrung der uns schuldigen Treue in ihrer Unterthanenpflicht sich nicht beirren lassen. Mit Rücksicht hierauf ertheilen Wir Dir den allergnädigsten Auftrag, der Bevölkerung des Herzogthums Lauenburg, insbesondere auch der dortigen Regierung und den übrigen Behörden und Beamten daselbst, wegen der von ihnen bewiesenen ruhigen und festen Haltung unsere Allerhöchste Anerkennung kund zu geben.

**Berlin, 8. Dez.** Die „Milit. Bl.“ brachten dieser Tage einen Artikel, welcher von der Wert im ungenügend spricht, die in der preussischen Armee wegen der früheren Erledigung der schleswig-holsteinischen Sache herrsche, und beifügt, daß sie dort ihre militärische Ehre verpflanze. Diese Auslassungen haben den Zorn der offiziellen „Nordb. Allg. Ztg.“ erregt, welche dem Militärblatt ordnungsmäßig auseinandersetzt, daß die Stimmung der Armee lediglich abzuhängen habe von dem Kommando, ganz einerlei, ob dasselbe heiße: „Rehrt!“ oder „Gewehr bei Fuß“ oder „Gewehr zur Attacke rechts“. So viel ist wohl immerhin dieser Polemik zu entnehmen, daß das Ministerium bismarck Grund hat, in der großen Tagesangelegenheit auch mit der Stimmung in der Armee nicht sehr zufrieden zu sein.

Der Abg. Waldeck bereitet eine Interpellation an die Regierung vor in Betreff derjenigen Reservisten, welche nach dem alten Militärgesetz nach Ablauf der zweijährigen Reservezeit bereits zur Landwehr gehört hätten und die jetzt in Folge der durch die neue Armeereorganisation eingeführten vierjährigen Reservezeit bei der Mobilmachung noch eingezogen worden sind. — Graf Armin-Bodenburg wird im Herrenhause einen Antrag in der schleswig-holsteinischen Sache einbringen. Zu dem Ende findet am Donnerstag eine Sitzung des Hauses statt. Die Kommissionsberatung soll dann so sehr beiläufig werden, daß die Plenarberatung bereits am Samstag oder spätestens am Montag folgen kann.

Die Staatsanwaltschaft hat bei dem Abgeordnetenhause die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Dr. Job. Jacoby nachgesucht. Die Anklage soll auf Grund der von Dr. Jacoby im Colosseum gehaltenen Rede auf Majestätsbeleidigung und Anreizung zum Widerstand gegen die Obrigkeit erfolgen. — Der jüngst hier bei J. Guttenberg erschienene Separatdruck aus den „deutschen Jahrbüchern“ von Lorenzen's Abhandlung: „der Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852“ ist konfiszirt worden.

**Berlin, 8. Dez.** Die „Kreuzzeitung“ berichtet: Das preussische Reservekorps zur Bundesexekution, in der Stärke von 25,000 Mann, soll am 9. marschbereit sein und mit den österreichischen Truppen, 15,000 Mann stark, in Hamburg kantonirt werden.



**Wien, 7. Dez.** Wie die „Wien. Abendpost“ meldet, ist der Bundespräsidialgesandte in Frankfurt davon in Kenntniss gesetzt worden, daß die Truppen, welche für die Bundes-Exekution in Holstein die Reserve bilden sollen, bereit stehen, und daß wahrscheinlich General v. Gablenz das Kommando derselben übernehmen werde. — Dasselbe Blatt stellt nunmehr auch alle Gerüchte von einer Ministerkrise oder dem Rücktritt des Grafen Rechberg in bestimmte Abrede.

**Brinn, 7. Dez.** Der Gemeindevorstand hat in heutiger Abend Sitzung seine Sympathien für den Bruderstamm in Schleswig-Holstein ausgesprochen und beschlossen, eine Adresse an den Kaiser wegen Wahrung von Deutschlands Interesse und Ehre zu richten.

### Italien.

**\* Turin, 7. Dez.** Hr. Pasolini ist nach Paris gereist. Die Regierung hat den Besitzern von Messina, welche unter den letzten Ueberschwemmungen gelitten haben, die Steuern erlassen.

**\* Marseille, 8. Dez.** Briefe von Neapel vom 5. d. melden, daß in Folge des Auslaufes, welcher durch den Dolch- stich, der einem Madonnenbilde beigebracht worden ist, hervorgerufen wurde, die Behörde verordnet hat, daß alle Madonnen in's Innere der Kirchen gebracht würden. Diese Verordnung wurde ausgeführt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Man bemerkt eine große Aufregung unter der Jugend seit der Veröffentlichung des Briefes Garibaldi's, welcher eine Million Gewehre verlangt. — Zwei Mitglieder der anamitischen Gesandtschaft, von einem spanischen Fregattenkapitän begleitet, sind dem Papste vorgestellt worden. Sie versicherten, daß jede Verfolgung der Christen in Cochinchina aufgehört habe, seitdem der Vertrag mit Frankreich abgeschlossen sei. Hr. v. Kisseleff wird nicht wieder nach Rom kommen. Er soll tauschen mit Hrn. Volonski, dem russischen Gesandten in Madrid.

### Frankreich.

**Paris, 8. Dez.** Graf Moltke, der dänische Gesandte, hatte heute eine längere Unterredung mit Hrn. Drouyn de Lhuys, und Graf Comoy ist zum gleichen Zweck von Compiegne nach Paris gekommen. Wahrscheinlich bezog sich die Unterredung der beiden Gesandten mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten auf die Angelegenheit der Herzogthümer und auf den Beschluß des Bundestags wegen sofortigen Einrückens der Kontingente in das Herzogthum Holstein. — In der heutigen Sitzung des Senats wurde der von der Kommission verfaßte Adressentwurf verlesen. Die Adresse beginnt mit einem Panegyrikon der Institutionen des zweiten Kaiserreichs, insbesondere der Verfassung von 1852. Der Senat betont zwar deren Vervollkommnungsfähigkeit, fügt aber sofort hinzu, daß die Regierung hievon kostbare Beweise für den liberalen Geist unserer Zeit gab und daß die Verfassung „ein für die Dauer und im Hinblick auf die Zukunft zwischen Volk und Dynastie abgeschlossener Vertrag sei.“ Die dem ersten Konjunkt gegebenen Stimmen fanden sich ein halbes Jahrhundert später wieder in den seinem Neffen gegebenen Stimmen (suffrages). . . . Was die Finanzlage betrifft, so bemerkt die Adresse, daß sie vollkommen zufriedenstellend sein würde, ohne die beiden Expeditionen nach Cochinchina und Mexiko. „Frankreich hofft indessen, durch die Kriegsentwässerung, welche von Mexiko gefordert wurde, für seine Vorkämpfe entschädigt zu werden. Großmuth hindert nicht Recht und Gerechtigkeit.“ Die Adresse hebt hervor, daß alle Aktienstücke die Vermuthung widerlegen, als sei die Expedition unternommen worden, um ein mexikanisches Kaiserreich unter einem fremden Prinzen zu gründen. „Man darf nicht für eine Ursache nehmen, was nur ein mögliches Ende ist.“

Erlauben Sie uns jetzt, Ihre, fährt die Adresse fort, zu dem großen Gedanken Sr. Majestät Rube zu kommen. „Während der letzten Session gewannen die Angelegenheiten Polens einen unvorhergesehenen Ernst; der Senat theilte Ihre lebhaften Sympathien für die Leiden dieses Landes, denn Alles, was es betrifft, halt tief wider in Frankreich. Als Sr. Majestät mit England und Oesterreich in eine gemeinschaftliche, diplomatische Aktion traten, war Grund vorhanden, zu hoffen, daß Rußland auf die Rathschläge der Freundschaft und auf die Stimme der Menschlichkeit hören werde. Rußland aber verständigte sich nicht mit den drei Mächten. Da war es, wo Sr. Majestät, um alle Mittel der Vermöhnung zu erschöpfen, den Höfen Europa's den Vorschlag eines Kongresses machten. Sire, Frankreich, welches Ihren Waffen mit Begeisterung folgte, auf den Schlachtfeldern der Krimm und Italiens; Frankreich, welches überall und immer mit Ihnen sein wird, wird Sie mit Freude begleiten zu diesem Aecopag, zusammenberufen zur Regeneration des europäischen Paktes durch den Geist unserer Zeit.“

Nach einem Ausfall auf die Einsturz drohenden Verträge von 1814 und 1815 und dem Wunsche, daß die Souveräne, anstatt den Ausbruch des Kampfes abzuwarten, das Recht der Regierungen und die legitimen Wünsche der Völker in Einklang bringen, fährt die Adresse fort:

England hat dennoch beschlossen, seinen Antheil zu nehmen; seine ausnahmsweise Stellung erlaubt ihm vielleicht, weniger als Sr. Majestät beflüht zu sein von den Gefahren des status quo. Die andern Regierungen aber können nur gewinnen, Angesichts einer zusammenhängenden Vergangenheit, eine Lage zu gründen, die nicht mehr bedroht und nicht mehr mißgünstig ist; auch die Völker werden gewinnen, mit einzutreten in eine Zukunft der Vermöhnung und der Eintracht. Was auch geschehe, das Land wird Sr. Majestät nicht desavouiren, nachdem Sie die Verantwortlichkeit theilten und, nach kluger Rahnung, zu Europa sagten: „Ich spreche im Namen Frankreichs.“

Es ist wahrscheinlich, daß der Gesetzentwurf wegen der neuen Anleihe erst nach der Adressdiskussion vor den Gesetzgeb. Körper gelangen wird. Im Staatsrathe, wo man weder von Erhöhung der Einregistrierungs- noch Erbschaftssteuern hören will, machen sich noch immer gewichtige Stimmen für Verdoppelung der Summe auf 600 Millionen geltend. — Dem Credit foncier, welcher durch die ungezahlt gebliebenen 50 Millionen Schatzscheine in großer Verlegenheit ist, wurde die Emission zweier neuer Obligationenseries gestattet.

— Weder das finanzielle Wirrwarr, noch die dänisch-deutschen Komplikationen fanden an der heutigen Börse Beachtung. Die engl. Conjols kamen in Haufe, und der Cred. Mobil, welcher nächste Woche sein Inventarium abschließt, benötigte diesen Umstand, um zur Haufe zu treiben. Rente wurde auf 67.30, der Mob. auf 1060 vorgehoben. Am Schlusse wich man jedoch auf 67.20 und 1045 zurück.

### Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 9. Dez. 5. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des ersten Vizepräsidenten Kirchner. Nach Eröffnung der Sitzung zeigt das Sekretariat folgende Petitionen an:

- 1) Bitten aus Müllheim, Lörrach, Schopfheim, Kandern, Schleswig-Holstein betreffend, übergeben vom Abg. Heidenreich, von Sinsheim, übergeben vom Abg. Muth, von Weinheim, übergeben vom Abg. Bagenstcher;
- 2) Bitte der Gemeinde Kappel, Amt Neustadt, um Erbauung einer Eisenbahn von Freiburg nach Donaueschingen über Neustadt;
- 3) Bitte der Stadtgemeinde Endingen, die Unterhaltung der Brücke über den Leopoldsdanal auf dem Wege von Ketzingen nach Forchheim betreffend.
- 4) Beschwerde mehrerer Wahlmänner und Urwähler des Bezirks Vorberg gegen die bei der am 21. Nov. d. J. stattgehabten Abgeordnetenwahl des Bezirks Vorberg-Krautheim vorgekommenen Unregelmäßigkeiten, und Bitte um genaue Prüfung dieser Wahl.

Der Vorsitzende theilt mit, daß von Delan Müller von Kropfingen eine Anzahl Exemplare einer Denkschrift des Kurallertus über das Volksschulwesen zur Vertheilung an die Mitglieder eingeleitet worden sei.

Abg. Häußler zeigt den fertigen Adressbericht an. Der Tagesordnung gemäß erstattet Abg. Fried. Bericht über den Vertrag bezüglich des Drucks der von der Kammer zu vergebenden Druckfächer.

Der Kommissionsantrag, den Druckvertrag mit dem Buchdrucker Gutlich dahier unter gewissen Modifikationen zu erneuern, wird ohne weitere Diskussion angenommen, nachdem noch die Abgg. Prestinari, Häußler, Kufel und Schaaff bezüglich der Reduktion der amtlichen Kammerprotokolle kurze Bemerkungen gemacht hatten.

Schluss der Sitzung. Nächste Sitzung Samstag 9 Uhr.

† Karlsruhe, 9. Dez. 2. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 10. Dez., Morgens 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Bericht der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, die Steuererhebung für die Monate Dezember d. J. und Januar bis einschließlich Mai f. J. betreffend, und Berathung darüber. 3) Berathung der Adresse auf die Thronrede.

### Baden.

† Pforzheim, 8. Dez. Das Interesse für die nationale Sache der Elbeherzogthümer wird, wenn man noch so sagen kann, bei uns immer mehr regt. Die Uebungen derjenigen, die sich zum vaterländischen Dienst bereit erklärt haben, nehmen einen erfreulichen Fortgang. Ebenso verhält es sich in Betreff der Geseleleistungen. Außer den namhaften Summen, die als erste Leistung unterzeichnet wurden, sind auch regelmäßige Gaben zugesagt, und ist bereits auch die Einleitung getroffen worden, daß für die, wegen Verweigerung der Geseleleistung bedrängten Schleswig-holsteinischen Beamten und Geistlichen monatliche Beiträge entrichtet werden. Die in der hiesigen Versammlung erwählten Vertrauensmänner haben in den letzten Tagen die Landorte des Bezirks besucht, und es ist sehr erfreulich, daß dieselben auch unter dem Landvolk hohes Interesse, gehöriges Verständnis und freudige Opferbereitschaft für die heutige Sache der Nation gefunden haben. Auf Sonntag den 13. d. M. ist eine Versammlung für den ganzen Bezirk hieher ausgeschrieben. Es ist nicht zu zweifeln, daß dieselbe sehr stark besucht werden wird.

† Pforzheim, 8. Dez. Der Thäter des in der Fabrik des Ch. G. dahier verübten Diebstahls an Goldwaaren ist nicht geblieben und in der hiesigen katholischen Kirche eine Monfranz im Werthe von etwa 80 fl., und wurde dieselbe bereits von den Mitheltern, was die edleren Bestandtheile betrifft, eingeschmolzen.

† Pforzheim, 8. Dez. In den letzten Tagen hat der Transport der aus der Bunkiser'schen Maschinenfabrik dahier hervorgegangenen kolossalen Eisen gitter, zehn an der Zahl und je von einer Länge von 90 Fuß, die für eine Eisenbahn-Brücke bei Luzern bestimmt sind, begonnen. Dieselben werden hier auf Eisenbahn-Wagen verladen und so an Ort und Stelle transportirt. Wie wir vernehmen, haben die Gebrüder Benschler am Ort der Brücke zum Behufe der Fundation einen sehr sinnreichen Apparat für Komprimierung der Luft in Anwendung gebracht.

† Bruchsal, 8. Dez. Das hiesige Schleswig-Holstein-Komitee hat sich auf die Zahl von 24 Mitgliedern verstärkt und in der heutigen Sitzung den Hrn. Obergerichtsdavolaten Rée als Präsidenten, sowie den Hrn. Rathschreiber Hed als Schriftführer bestellt. Sodann wurde zur Beförderung der laufenden Geschäfte ein engerer Ausschuss gewählt, welcher außer den beiden Genannten aus den HH. Hofgerichtsrath Dr. Buchelt, Rechtsanwalt Weisung und Professor Dr. Seidenadel besteht. Es wurde beschlossen, eine Abordnung zu der am nächsten Sonntag stattfindenden Landesversammlung zu senden und die dort gefaßten Entschliessungen auch für hier anzuerkennen. Dabei beklagte man nur, daß die für die Landesversammlung gewählte Stunde einen sonst sicherlich stattgehabten zahlreichen Besuch aus dem Unterlande wegen des zu späten Eintreffens des ersten Zuges unmöglich macht.

Der ersten Lage der großen Frage entsprechend bereitet sich auch bei uns die Theilnahme daran immer mehr aus und erstreckt sich selbst auf die so schwer benutzte Landbevölkerung, da nicht nur von hiesigen Turnen, sondern auch von jungen Männern der Landorte, namentlich von ausgedienten Soldaten, bei dem Komitee Anerbietungen zum Wassendienst für Schleswig-Holstein eingelaufen sind, worüber man sich jedoch die Entscheidung bis nach der Offenburger Versammlung vorbehielt. Die Geldsammlungen nehmen dahier einen guten Fortgang und werden, sobald man ein bestimmtes Ziel weiß, ganz überraschende Resultate liefern.

O Schwetzingen, 7. Dez. In der heute dahier abgehaltenen und zahlreich besuchten Volksversammlung für die Sache Schleswig-Holsteins wurden auf Grund der erhaltenen Vorträge folgende Resolutionen einstimmig angenommen: 1) Die Versamm-

lung anerkennt, daß die durch unzweifelhaften Erbgang begründeten Rechte des Herzogs Friedrich von Augustenburg auf die Herzogthümer Schleswig und Holstein mit allen Mitteln von Deutschland zur Geltung gebracht werden sollen; 2) sie erklärt sich bereit, jedes Opfer, das die Sache Schleswig-Holsteins fordern kann, nach ihren Kräften zu bringen; 3) sie spricht Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog und der großh. Staatsregierung freudigen Dank aus für die energischen Schritte, welche sie zur Wahrung der Rechte der Herzogthümer und ihres rechtmäßigen Fürsten bereits gethan haben.“ Die Vorträge wurden gehalten von großh. Amtsrichter Ried, der die Frage von der staatsrechtlichen und historischen Seite und nach ihren allseitigen Interessen in sehr gründlicher und ansprechender Weise beleuchtete; von Prof. Behagel, Landtagsabgeordneter des hiesigen Wahlbezirks, welcher die Begründung der Anträge eingehend und sichvoll ausführte, und von Delan Zunker, Vorsitzendem des hiesigen Schleswig-Holstein-Komitees, der in seinen Einleitungsworten nach Begründung der Versammlung den allgemeinen Stand der Sache in's Auge faßte und ihre politische und moralische Bedeutsamkeit in einigen Grundzügen hervorhob. Sämmtlichen Vorträgen wendete sich die ungetheilte Aufmerksamkeit der Versammlung zu. An den Verhandlungen, die hierauf eröffnet wurden, theilnahmen sich außerdem noch mehrere andere Redner in theils längeren, theils kürzeren Vorträgen.

### Vermischte Nachrichten.

— Mainz, 7. Dez. (R. P. H.). Die heutige Nummer der „Mainz. Ztg.“ enthält eine an die Ständeversammlung gerichtete, ausführlich motivirte Beschwerde des hiesigen Gemeinderaths, betreffend die Niederlassung der Jesuiten in der Gemeinde Mainz, insbesondere in den Pfarrgebäulichkeiten der Kirche St. Christoph dafelbst. Die Stände werden darin ersucht, bei der Staatsregierung die Aufhebung des thatsächlich in Rheinhessen wieder erstandenen Ordens der Jesuiten, die anzuwendende Räumung der St. Christophs-Pfarrgebäude und die Unterjagung kirchlicher Funktionen durch dieselben zu beantragen.

— Hamburg, 6. Dez. Die Beschlüsse unserer Börse mag der Umstand erläutern, daß eine unserer bedeutendsten Firmen sich veranlaßt gesehen hat, ihre Kaffeelager zum angeblichen Betrag von 500,000 Mk. Banco aus Altona nach Hamburg herüberzuschaffen zu lassen, trotzdem daß ihr aus dieser Maßregel Unkosten von etwa 1 Prozent des Werths an Zoll und Arbeitslöhnen erwachsen. Sie hat ihren Grund in der Befürchtung, daß die Dänen sich einem Einmarsch der Bundesstruppen in Altona gewaltsam widersetzen dürften.

— Berlin, 6. Dez. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ veröffentlicht wiederum eine Drohung, die gegen Hrn. v. Bismarck gerichtet sein soll. Dieser Brief lautet nach dem ministeriellen Blatt: „Hiermit erlaube ich mir, Ihnen die ergebene Anzeige zu machen, daß, wenn Preußen zum Londoner Kontrakt hält und nicht mit gegen Dänemark Krieg führt, Ihnen dieser schmerzliche Akt zugeschrieben wird und Ihr Leben am längsten dauert. Jeder Vernünftige weiß, daß Dänemark seiner Verpflichtungen gegen die Herzogthümer nicht nachgekommen ist und es daher Preußen auch nicht nöthig hat. Ist Ihnen Ihr Leben lieb, so suchen Sie Ihre hohe Regierung dahin zu bringen, daß sie deutsche Ehre mit retten hilft und Schleswig, Holstein und Lauenburg von dänischer Knechtschaft befreit. Bewirken Sie, daß die preussische Armee binnen spätestens sechs Wochen die Dänen mit befreit. Erfüllen Sie dieses von ganz Deutschland außer preussischer und österreicherischer Regierung gewünschte Vorhaben nicht bis zu angegebener Zeit, so soll es mir nicht darauf ankommen, Sie um einen Kopf kürzer zu machen. Ein vertriebener Schleswiger, der Hab und Gut und beinahe auch sein Leben 1849 eingebüßt hätte.“

### Sammlung für Schleswig-Holstein.

Der unterzeichnete Ausschuss hat in seiner Sitzung am 4. und 7. d. M. beschlossen, daß nunmehr auch hier eine Sammlung zu Gunsten Schleswig-Holsteins eröffnet werden soll, und wendet sich zu diesem Zweck vertrauensvoll an die Bewohner unserer Stadt.

Wir müssen es im gegenwärtigen Augenblick Alle thatsächlich beweisen, daß wir zu Opfern für die Wahrung des Rechts und der Ehre Deutschlands gern bereit sind, und daß Niemand zurückstehen will, wo es darauf ankommt, einem unterdrückten Bruderstamm die hilfreiche Hand zu seiner Rettung von Unrecht und Gewaltthat zu bieten.

Wenn auch freiwillige Geldspenden nur mittelbar diesem nationalen Zweck dienen, sie sollen wenigstens zur Förderung der gerechten Sache mithelfen, sie sollen die bedrängten Volksgenossen stärken und ermutigen, sie sollen die Theilnahme ausdrücken, die jeder Einzelne für des Vaterlandes Wohl und Ehre im Herzen trägt.

Indem wir darum diese Sammlung dem vielfach erprobten hochherzigen Sinn der Bewohner Karlsruhe's empfehlen, bitten wir, die Gaben bei den unterzeichneten Mitgliedern des Ausschusses für Schleswig-Holstein abzuliefern und bemerken, daß darüber jeweils im Tagblatt Rechenschaft abgelegt werden wird.

Karlsruhe, den 8. Dez. 1863.

### Der Ausschuss für Schleswig-Holstein.

Baumgarten, Professor (Waldfstraße Nr. 79); A. Dielefeld, Hofbuchbinder (Langestraße Nr. 135); Busch, Advokat (Mlademierstraße Nr. 14); D. v. Cornberg, Oberstlieutenants (Stephanienstraße Nr. 5); Dahmen, Kenner (Kreuzstraße Nr. 1 d.); Dieb. Geh. Referendar (Sophienstraße Nr. 30); Doll, Oberkriemaths-Assessor (Erbsprinzenstraße Nr. 4); Comadin Haazel, Kaufmann (Langestraße Nr. 153); G. Holzmann, Kaufmann (Langestraße Nr. 196); Herzer, Bürgermeister (Langestraße Nr. 133); H. H. Oberinspizionsrath (Erbsprinzenstraße Nr. 12 a.); G. Jost, Kaufmann (Kronenstraße Nr. 28.); Kammerer, Tapetenfabrikant (Waldfstraße Nr. 28.); Ed. Kille, Bankier (Karl-Friedrich-Str. Nr. 23); K. K. K. K. Zimmermeister (Spitalstraße Nr. 41); Dr. Kufel, Medizinalrath (Langestraße Nr. 137); S. Lang, Kaufmann (Langestraße Nr. 175 a.); M. Alsch, Oberbürgermeister (Wolferstraße Nr. 19); Muth, Ministerialrath (Stephanienstraße Nr. 60); v. Reizenstein (Hirschstraße Nr. 21); Ross, Gemeinderath (Innerer Birtel Nr. 35); C. Sempt, Kaufmann (Karlstraße Nr. 9); Schmieber, Fabrikant (vor dem Gillingenthor); Walli, Ministerialrath (Stephanienstraße Nr. 88); Ziegler, Apotheker (Langestraße Nr. 72).

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 10. Dez. 4. Quartal. 134. Abonnements-vorstellung. Zum ersten Mal: **Im Vorzimmer Sr. Excellenz;** Lebensbild in 1 Akt, von R. Hahn. Hierauf: **Der Geizige;** Lustspiel in 5 Akten, von Moliere. Nach Dingelstedt's Bearbeitung und Uebersetzung.



